

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 219038/39  
Telex: 886848 pbbn d

## Inhalt

**Dr. Wilhelm Bruns, Abteilungsleiter in der Friedrich-Ebert-Stiftung, berichtet über deutsch-deutsches Wissenschaftler-Treffen: Wissenschaft im Dienst des Friedens.**  
Seite 1

**Manfred Wolfgramm, Mitglied des AfA-Bundesvorstandes, fordert eine Anpassung der SPD-Organisationsstruktur an die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen: Die politische Interessenvertretung darf nicht zur Nostalgie werden.**  
Seite 3

**Dagmar Luuk MdB nimmt Stellung zur Südafrika-Hilfe der deutschen Banken: Die Banken müssen nun Rechenschaft ablegen.**  
Seite 5

### Dokumentation:

**Edmund Stoiber, bayerischer Staatsminister, übermittelt dem Intendanten des Bayerischen Rundfunks, Reinhold Vöth, die Personalwünsche der CSU. Das Schreiben im Wortlaut.**  
Seite 6

42. Jahrgang / 62

31. März 1987

### Wissenschaft im Dienst des Friedens

Ein nützliches Gespräch zwischen DDR-Wissenschaftlern und der Friedrich-Ebert-Stiftung

Von Dr. Wilhelm Bruns  
Abteilungsleiter in der Friedrich-Ebert-Stiftung

Wenn Wissenschaftler aus Ost und West regelmäßig zu nützlichen Gesprächen zusammenkommen, ist dies eine gute Sache. Wenn Wissenschaftler aus beiden deutschen Staaten über ein gemeinsames Herangehen an Fragen der Friedenssicherung, wie über eine umfassende Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen diskutieren, so ist dies nicht selbstverständlich. Wenn dabei Übereinstimmungen in wichtigen Fragen herauskommen, so verdient dies nicht nur Aufmerksamkeit, sondern rechtfertigt auch Hoffnungen.

Ein solches nützliches Treffen fand vom 25. bis 27. März 1987 in Bonn statt. Zum dritten Mal trafen sich Wissenschaftler der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED unter Leitung von Professor Dr. Otto Reinhold (Mitglied des ZK der SED) und des Internationalen Instituts für Politik und Wissenschaft unter Leitung von Professor Dr. Max Schmidt mit Wissenschaftlern der Friedrich-Ebert-Stiftung. Das „neue Denken“ hat beide Seiten vor vier Jahren zusammengebracht und das sich weiter entwickelnde „neue Denken“ ist auch Grundlage für ergiebige Erörterungen. Im Mittelpunkt der dreitägigen Konferenz stand die Frage nach den Möglichkeiten der Verbesserung der Ost-West-Beziehungen, und zwar in ihrer ganzen Breite. Das heißt, es wurden sowohl die politische wie die ökonomische und die humanitäre Komponente eines weit gefaßten Sicherheits- und Friedensbegriffs erörtert. Diskutiert wurden beispielsweise so interessante Fragen wie:

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Druckerei: Oropont  
zu verhalten Rohstoffe  
Recycling-Papier



- Wie läßt sich der KSZE-Prozeß weiterentwickeln? Ist zum Beispiel der Vorschlag geeignet, im Wege eines zweistufigen Vorgehens einseitige Selbstverpflichtungen einzugehen, die über das Vereinbarte hinausgehen (ein solches Vorgehen ist dann angebracht, wenn man sich nicht unter allen 35 Staaten der KSZE verständigen kann, sondern vielleicht nur zwischen einer Handvoll von Staaten).
  - Wie ist die konventionelle Stabilität in Europa vom Atlantik bis zum Ural zu definieren und in welchem Rahmen soll sie verhandelt werden?
  - Gibt es einen diskussionsfähigen Zusammenhang zwischen der KSZE-Schlußakte und der Bereitschaft von Gorbatschow zur „Überwindung der Spaltung Europas“?
  - Läßt sich mit der Schlußakte von Helsinki, die anerkannte Grundlage der europäischen Entwicklung ist, eine nachvollziehbare Grenze zwischen der zulässigen Einwirkung und der unzulässigen Einmischung in der Systemauseinandersetzung ziehen?
  - Gibt es so etwas wie „inhärente Grenzen“ für die Ost-West-Zusammenarbeit wie in den deutsch-deutschen Beziehungen?
  - Sind die „Joint Ventures“ (Gemeinschaftsunternehmen) die Hauptstrecke künftiger Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen?
  - Wie läßt sich eine vertiefte Menschenrechtsdebatte führen, ohne daß dadurch die zwischenstaatlichen Beziehungen belastet werden und so, daß für die betroffenen Menschen eine Verbesserung herauskommt?
- Und nicht zuletzt: Welche friedenspolitischen Themen sind geeignet für parallele beziehungsweise gemeinsame deutsch-deutsche Initiativen im KSZE-Prozeß?

Diese Fragestellungen, die in unterschiedlicher Intensität diskutiert wurden, zeigen an, daß die Teilnehmer von einem breiten Sicherheits- und Kooperationsbegriff ausgehen, das heißt Sicherheit nicht auf Raketenzählerei reduzieren.

Die Teilnehmer konnten in einer Reihe von wichtigen Punkten nach einer vertieften Diskussion Übereinstimmung erzielen. Dazu zählen:

- Beide Seiten sprachen sich für ein separates Abkommen über nukleare Mittelstreckenwaffen ohne Wenn und Aber aus. Dies sei dringlich und machbar.
- Beide Seiten votierten für eine Stärkung des ABM-Regimes (man war sich einig in der Formel: Wenn es schon um drei Buchstaben geht, so nicht um SDI, sondern um ABM!).
- Es gibt gegenwärtig eine große Chance für die beiden deutschen Staaten, ihren Einfluß geltend zu machen, damit ein separates Mittelstreckenabkommen baldmöglichst unterzeichnet werden kann. Eine Null-Lösung bei den Mittelstreckenwaffen liegt im „deutschen Interesse“. Beide deutsche Staaten müssen in dieser wie in anderen wichtigen Fragen geeignete Formen finden, um sich zu konsultieren. Die deutsch-deutschen Beziehungen haben auch eine sicherheitspolitische Komponente.
- Der KSZE-Prozeß, an dem Bundesrepublik und DDR gleichberechtigt beteiligt sind, ist umfassend, konkret und erfolgreich. Es komme jetzt darauf an, sich auf jene Vorschläge zu konzentrieren, die konsensfähig sind und die dem anerkannten Prinzip der Gleichrangigkeit der „Körbe“ der Schlußakte entsprechen.
- Wir brauchen einen umfassenden Ansatz bei der Entwicklung der Friedens- und Sicherheitspolitik in Europa. Konzeptioneller Orientierungspunkt ist die Gemeinsame Sicherheit.

Für die Rolle der beiden deutschen Staaten wurde als Formel herausgearbeitet: Jeder solle in seinem Bündnis Bündnisinteressen mit spezifischen Interessen zu verbinden suchen. Dies sei eine tragfähige Grundlage für die Bemühungen beider deutscher Staaten, gemeinsam beziehungsweise parallel geeignete Initiativen zu entwickeln. Nur am Rande sei vermerkt, daß die Diskussionen auch dort anregend und produktiv waren, wo es erhebliche Meinungsunterschiede, etwa in der Behandlung der Menschenrechtsfrage gab. Selbst bei einem solch sensitiven Thema zeigte sich, daß bei einem kooperativen Herangehen sich zumindest ein Verständnissgewinn erzielen läßt.

Begegnungen dieser Art, die vom Dreiklang konstruktiv, anregend und ergebnisreich bestimmt sind, sind für die Ost-West-Beziehungen im allgemeinen wie für die Entwicklung deutsch-deutscher Beziehungen unverzichtbar. Es ist vereinbart worden, die anregenden Gespräche fortzusetzen. Die nächste Runde findet in der DDR statt.

(-/31.3.1987/st/fr)

\* \* \*



Die politische Interessenvertretung darf nicht zur Nostalgie werden

Die SPD-Betriebsorganisation steht vor ihrem bedeutsamsten organisationspolitischen Schritt

Von Manfred Wolfgramm  
Mitglied des AfA-Bundesvorstandes

Wer es bisher nicht glaubte, wurde durch die Bundestagswahl am 25. Januar diesen Jahres endgültig eines Besseren belehrt. Wie in den Landtagswahlen zuvor, zeigt das Wahlergebnis vom Januar, daß die Stimmen der Arbeitnehmer längst nicht mehr für die SPD sozusagen abrufbereit sind. Zwar liegt die SPD in den traditionellen Arbeitnehmerbereichen der Großstädte vorn, aber an Höchstprozentsätze früherer Jahre kann die Partei schon lange nicht mehr anknüpfen. Der Verlust der Stimmen in den Hochburgen, geht in den letzten Jahren mit einer deutlichen Lockerung der Parteibindung einher und hierzu addiert sich der Kompetenzverlust der SPD in dem klassischen Konfliktmuster Arbeit/Soziales, der für die Mehrzahl der Arbeitnehmer wahlentscheidend ist.

Dieser, seit den siebziger Jahren zu beobachtende Prozeß, konnte praktisch in keiner Wahl umgekehrt werden.

Statt dieser Entwicklung durch organisatorische Schritte entgegenzuwirken und parallel dazu Funktionen und Mandate der Partei stärker mit Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern zu besetzen, vollzog sich auch innerhalb der SPD eine kontraproduktive Entwicklung.

Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer, und erst recht gewerblich beschäftigte, sind schon oft auf den untersten Ebenen der Parteiorganisation, also Ortsvereine und Unterbezirke, deutlich unterrepräsentiert und in den höheren Gremien hoffnungslos in der Minderheit. Dies gilt in noch stärkerem Maße für die parlamentarischen Gremien auf allen Ebenen.

Wo über arbeitnehmerorientierte Politik zwar noch gesprochen wird, aus eigenem täglichen Erleben aber längst nicht mehr formuliert werden kann, gerät sie in die Gefahr der unverbindlichen Nostalgie. Sie wird auch von denen, an die sie eigentlich gerichtet ist, nicht mehr verstanden.

Jüngstes Beispiel ist die Debatte in der SPD um das Thema Technik/Technologie. Die übergroße Mehrheit der Arbeitnehmer ist keinesfalls technikfeindlich. Gerade aber dieses Etikett wird die SPD trotz aller Beteuerungen nicht los. Es kann auf Dauer nicht gut gehen, wenn Partei und die sie wählen sollenden Arbeitnehmerschichten in zentralen Fragen unserer Zukunft so gegensätzliche Wertehaltungen zu haben scheinen.



Die Betriebsgruppenorganisation der SPD sieht diese Entwicklung schon lange. Obwohl sie durch die Beschlüsse des Münchner Parteitages in ihrer politischen Arbeit der übrigen Parteiarbeit gleichgestellt ist, ist sie über eine Gastrolle auf den entscheidenden Parteitag nicht hinausgekommen. Eine emanzipierte Arbeitnehmerschaft kann sich aber mit einer Gastrolle in der Politik nicht zufrieden geben. Und eine Partei in der Tradition der Arbeiterbewegung und dem Willen, Politik für die breiten Schichten des Volkes zu machen, kann ihr diese Rolle auch nicht zuweisen.

Die jetzt begonnene Diskussion, die Betriebsgruppenorganisation auf Unterbezirksparteitagen mit vollem Stimmrecht zu beteiligen, weist den Weg aus dem Dilemma. Über zusätzliche, von den in den Richtlinien für die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen vorgesehenen Betriebsgruppenkonferenzen der Unterbezirke gewählten Delegierten für die örtlichen Parteitage, könnte es wieder gelingen, breite Arbeitnehmerschichten an die Partei heranzuführen.

Die SPD steht hierbei vor einer organisatorischen Zäsur. Ihre wesentliche Organisationsstruktur stammt noch aus der Zeit, wo Wohnort und Arbeitsplatz auch mit der politischen Organisationseinheit der Partei zusammenfielen. Dies gilt für die große Zahl der Arbeitnehmer nicht mehr, erst recht für die politisch so umworbenen Mittelschichten im Angestellten- und Technikbereich. Soll man sie deshalb für die Politik verloren geben?

Die Volkspartei SPD muß ihre Organisationsstruktur den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen anpassen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen sich über die Betriebsgruppen auch in der Parteiorganisation unmittelbar wiederfinden. Durch die direkte Beteiligung der Betriebsgruppen an Willensbildung und Personalentscheidung der SPD würde ein verbessertes Angebot zur politischen Mitarbeit und Mitbestimmung geschaffen. Das Zentrum der deutschen Sozialdemokratie würde damit erweitert.

(-/31.3.1987/vo-he/st)

\* \* \*



**Die Banken müssen Rechenschaft ablegen**

Südafrika-Umschuldung ist ein Bären dienst für die Menschenrechtspolitik

Von Dagmar Luuk MdB

Die Beteiligung deutscher Banken an der milliarden schweren Umschuldungsaktion für Südafrika ist ein Schlag ins Gesicht der Humanität. Wenn im Verein mit internationalen Großbanken auch drei deutsche Kreditinstitute Südafrika die Schulden stunden, ohne daran irgendeine politische Forderung zu knüpfen, bedeutet dies eine Stützung der menschenverachtenden Apartheid-Politik und eine Wahlhilfe für die regierende Nationalpartei. Diese Aktion ist eine Stabilisierung des rassistischen Botha-Regimes. Der Politik der Durchsetzung der Menschenrechte in Südafrika ist damit ein Bären dienst erwiesen worden.

Die Berliner Sozialdemokraten haben am Wochenende auf einem Südafrika-Forum diesen Coup der Banken und insbesondere das Verhalten der Deutschen Bank, der Dresdner Bank und der Bayerischen Vereinsbank scharf verurteilt. Sie fordern Aufklärung von den betreffenden Kreditinstituten über die Hintergründe dieser Aktivitäten. Die SPD wird auch die Bundesregierung auffordern zu erklären, inwieweit sie über diese Apartheid-Stützaktion informiert war.

Die Deutsche Bank wird am 14. Mai 1987 in Berlin ihre Jahreshauptversammlung abhalten. Die Berliner SPD wird in Zusammenarbeit mit den Südafrika-Solidaritäts-Gruppen und den kritischen Aktionären alles daran setzen, daß die Verantwortlichen der Deutschen Bank an diesem Tage in Berlin Rechenschaft abzulegen haben über dieses verheerende Südafrika-Engagement.

(-/31.3.1987/va-he/st)

\* \* \*



DOKUMENTATION

„Mir kommt es ... auf die anstehende Personalentscheidung an“

Der bayerischen SPD wurde ein Brief zugespielt, den Staatsminister Edmund Stoiber (CSU) in seiner Funktion als Leiter der Bayerischen Staatskanzlei „vertraulich“ an den Intendanten des Bayerischen Rundfunks Reinhold Vöth geschrieben hat. Wir dokumentieren dieses Schreiben im Wortlaut.

Sehr geehrter Herr Intendant!

In der Rundfunkratssitzung am 30. Januar 1987 haben Sie bestätigt, daß Herr Jochen Filser von seinen bisherigen Aufgaben entbunden bleibt. Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang fragen, welche Überlegungen für die Nachfolge bestehen. Ich habe erfahren, daß sich unter anderen Herr \_\_\_\_\_, bisher freier Mitarbeiter des Bayerischen Rundfunks, und Herr \_\_\_\_\_ beworben haben. Ich könnte mir vorstellen, daß dies eine gute Lösung wäre.

Meine weitere Frage betrifft die Nachfolge von Herrn Bernhard Ücker als Leiter der Abteilung „Korrespondenten in Bayern“. Dem Vermöhen nach denkt der Bayerische Rundfunk hier an Herrn \_\_\_\_\_ von der \_\_\_\_\_ Redaktion. Ich kenne Herrn \_\_\_\_\_ selbst nicht, habe mir aber den Kommentar vorlegen lassen, in dem er am \_\_\_\_\_ dem Bayerischen Umweltminister Alfred Dick mit grob unsachlichen Vorwürfen die Glaubwürdigkeit absprechen wollte. Ich sehe in diesem, ohne jede Sachkunde abgefaßten Kommentar alles andere als ein Indiz für die erforderliche Qualifikation. Mir liegt außerordentlich viel daran, daß in dem Bereich „Korrespondenten in Bayern“ die Kontinuität erhalten bleibt, die Herr Bernhard Ücker durch seine Persönlichkeit und durch sein journalistisches Ethos in so hervorragender Weise geprägt hat.

Mir kommt es hier nicht auf eine Stellungnahme zu meiner Kritik an dem Kommentar an - das könnte unter Umständen die vertrauliche Behandlung meiner Fragen beeinträchtigen -, sondern auf die anstehende Personalentscheidung.

Ferner würde mich in diesem Zusammenhang interessieren, welche Überlegungen für die Nachfolge von Dr. Friedrich Schreiber und eventuell Dr. Eberhard Büsser (Waltspiegelredaktion) sowie von Dagobert Lindlau als „Chefreporter“ bestehen und wo Peter Dudzik und Peter Miroshnikoff künftig eingesetzt werden sollen.

Für eine Mitteilung wäre ich Ihnen dankbar.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Edmund Stoiber

(-/31.3.1987/st/ks)

\* \* \*

